



70 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Nach dem größten Krieg aller Zeiten mit bis zu 70 Millionen Toten einigte sich die Weltgemeinschaft 1948 auf die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“. Alle Menschen sollten fortan

gleich an Rechten sein, um eine erneute Barbarei wie im Zweiten Weltkrieg zu verhindern. 70 Jahre später zeigt Brot für die Welt, wie wichtig und aktuell der Einsatz für Recht und Gerechtigkeit ist – gerade in Zeiten, in denen viele menschenrechtliche Errungenschaften wieder in Frage stehen und nationalistische Autokraten die Weltpolitik prägen.

Ein Leben frei von Not und Furcht

Vor 70 Jahren, aufgerüttelt von den Schrecken des zweiten Weltkrieges, hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verabschiedet. Leitbild ist das Streben nach einer Welt, „in der die Menschen Rede- und Glaubensfreiheit und Freiheit von Furcht und Not genießen“. Die Staaten sind aufgerufen, zur Erreichung dieses Zieles miteinander zu kooperieren und eine „soziale und internationale Ordnung“ zu schaffen, in der die in der Erklärung verbrieften Rechte für jeden Menschen verwirklicht werden können. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde zum Grundpfeiler der aktuellen internationalen Menschenrechtsordnung.

Heute scheint es vielen selbstverständlich, auf internationale Menschenrechte verweisen zu können. Doch bis zum zweiten Weltkrieg waren Menschenrechte fast ausschließlich eine nationale Angelegenheit. Erst mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und den darauf folgenden internationalen Menschenrechtsverträgen sind international anerkannte Menschenrechtsstandards entstanden, auf die sich zivilgesellschaftliche Organisationen gegenüber Regierungen und vor internationalen Menschenrechtsgerichtshöfen berufen können. Sie bieten eine Grundlage, sich einzumischen, wenn Regierungen die Rechte der Menschen in ihrem Land missachten.

Aktuell wird dieses Grundverständnis jedoch zunehmend wieder in Frage gestellt. Autokratische Herrscher bestimmen die Weltpolitik und stellen ihre nationalen Interessen über eine internationale Ordnung. Immer mehr Regierungen erteilen multilateralen Vereinbarungen eine Absage und entziehen internationalen Institutionen wie den Vereinten Nationen die Unterstützung. Umso wichtiger werden die sozialen Bewegungen und engagierten Menschen überall auf der Welt, die sich gegen diese Entwicklungen wehren, die weiterhin die Menschenrechte hochhalten und sich für offene Gesellschaften und soziale und politische Teilhabe einsetzen. Das Menschenrechtsreferat bei Brot für die Welt (und davor beim Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche



Titel: Eleanor Roosevelt, Vorsitzende der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

in Deutschland, EKD) macht es sich seit 41 Jahren zur Aufgabe, die Arbeit dieser Menschen zu begleiten, sie zu unterstützen und sich gemeinsam mit ihnen für eine menschenrechtsbasierte Weltordnung einzusetzen.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Am 10. Dezember 1948 um drei Uhr nachts verkündete Eleanor Roosevelt, Vorsitzende der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“. Zwei Jahre lang hatten acht Männer und Frauen aus Australien, Chile, China, Frankreich, dem Libanon, der Sowjetunion, Großbritannien und den Vereinigten Staaten an dieser Erklärung gearbeitet.

In 30 Artikeln werden

- Garantien zum Schutz der menschlichen Person (Recht auf Leben, Verbot der Sklaverei, Verbot der Folter, Verbot willkürlicher Festnahme und Haft, etc.),
- Verfahrensrechte (Anspruch auf wirksame Rechtsbehelfe, etc.),
- klassische Freiheitsrechte (Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, Eigentumsgarantie oder Ehefreiheit, etc.)
- sowie wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Recht auf soziale Sicherheit, Recht auf Arbeit, Recht auf Nahrung und Gesundheit, Recht auf Bildung, etc.) formuliert.

Diese Rechte sollen für alle Menschen ungeachtet ihrer Ethnie, ihres Geschlechts oder ihrer Nationalität gelten (Art. 2), denn alle Menschen sind frei und an Würde und Rechten gleich geboren (Art. 1). Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte ist kein juristisch verbindliches Dokument; vielen Artikeln kommt jedoch mittlerweile gewohnheitsrechtlicher Charakter zu. Zudem ist die Erklärung Grundstein für zahlreiche verbindliche Menschenrechtsverträge der Vereinten Nationen. So gelang es 1966 auf internationaler Ebene zwei Konventionen zu verabschieden: den „Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte“ („Freiheitsrechte“) und den „Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“ („Sozialrechte“). Sie sind völkerrechtlich bindend und somit geltendes Recht. Ein Großteil der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen hat die Verträge unterschrieben.

Die Menschenrechtsarbeit in der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit

Ausgangspunkt für den Aufbau der Menschenrechtsarbeit im Diakonischen Werk der EKD in Stuttgart war die Unterstützung der politischen Flüchtlinge aus Chile. Der Putsch gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Chiles, Salvador Allende, im Jahre 1973 bildete eine Zäsur in der Geschichte Lateinamerikas und markierte den Übergang zur Vorherrschaft von Militärdiktaturen und einer Zeit schwerster Menschenrechtsverletzungen. Die Entwicklungsarbeit von Brot für die Welt in den 1970er Jahren war gekennzeichnet von der Auseinandersetzung mit Militärdiktaturen in Lateinamerika und in Ost- und Südostasien. Zahlreiche kirchliche Partner aus der Ökumene und den Hilfswerken wurden verfolgt.

Die Gesamtdiakonische Koordinierungsstelle für Chile-Flüchtlinge versuchte, von 1975 bis Mitte 1977 die Aufnahme von verfolgten Anhängern Allendes in die Bundesrepublik zu unterstützen. Der Rat der EKD beschloss daher im Juli 1976 die Einrichtung eines Sekretariates für politisch Verfolgte und Flüchtlinge beim Diakonischen Werk der EKD. Es hatte die Aufgabe, politisch Verfolgte und Flüchtlinge, die Opfer von Menschenrechtsverletzungen geworden waren, diakonisch und humanitär beizustehen. Am 1. Januar 1977 wurde das Sekretariat zu einem zweiköpfigen Menschenrechtsreferat ausgebaut. Kirche und Diakonie machten damit deutlich, dass das Engagement für Menschenrechte unverzichtbarer Teil ihrer Arbeit ist. Zu den Aufgaben des Referates gehörte zunächst zentral die Arbeit für und mit Geflüchteten und Asylsuchenden.

Lebensmittelladen in Chile mit Erinnerung an den demokratisch gewählten Präsidenten Salvador Allende, der 1973 gestürzt wurde.



Werner Lottje – erster Leiter des Menschenrechtsreferates – erinnert sich:

„Zum ursprünglichen Mandat des Referates gehörte die Aufnahme von chilenischen Häftlingen aus den Gefängnissen im Rahmen eines humanitären Aufnahmeprogrammes. Dabei stellte sich schnell heraus, dass es nicht reichte, die Menschen aufzunehmen, sondern man musste auch alles tun, um ihnen hier das Leben in Deutschland zu ermöglichen. Dazu gehörten die soziale Frage und die psychosoziale Situation, denn viele waren foltergeschädigt. Wir mussten einiges in Bewegung setzen, um Lebenshilfe für diese Menschen zu organisieren. Dieses humanitäre Aufnahmeprogramm war nicht unumstritten in der politischen Debatte, und es zeigte sich mehr und mehr, dass es nicht isoliert dastehen konnte neben der sich abzeichnenden Verschärfung der Asyldebatte. Und so bin ich unwillkürlich über die Integrationsproblematik der Chilenen in die allgemeine Asyldebatte hineingekommen und habe schon in den ersten Monaten meiner Tätigkeit 1977 für den Rat der EKD eine Stellungnahme zur damaligen Asylgesetzgebung entworfen.“

Neben der Einzelfallhilfe ist der politische Einsatz für Menschenrechte und die Vernetzung mit nationalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen immer wichtiger geworden. Die Unterstützung Geflüchteter in Deutschland wurde Mitte der 1980er Jahre in die Hauptabteilung Diakonische Dienste des Diakonischen Werkes der EKD integriert, und das Menschenrechtsreferat konzentrierte sich zunehmend auf die Menschenrechtssituation im globalen Süden. Es entstanden Ländernetzwerke und enge Kooperationen mit nationalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen. Im Zuge der Fusion des Diakonischen Werkes der EKD – und damit auch Brot für die Welt – mit dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) im Jahr 2012 ist das Referat Menschenrechte um das Thema Frieden erweitert worden und auf 13 Personen angewachsen. Im Mittelpunkt unserer Arbeit steht nach wie vor die Unterstützung ausgegrenzter, benachteiligter und verfolgter Menschen im globalen Süden. Dabei reagieren wir auf Einzelfälle und versuchen diejenigen, die die Menschenrechte verteidigen, zu schützen. Gleichzeitig versuchen wir die aktuellen Rahmenbedingungen zu verändern und setzen uns national wie international für eine Politik ein, die Menschenrechte achtet. Die globalen Rahmenbedingungen für den Schutz der Menschenrechte haben sich in den letzten Jahrzehnten verändert, und gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen stellen wir uns den neuen Herausforderungen.

Soziale Menschenrechte in Gefahr

Eine dieser Herausforderungen ist der wachsende Einfluss der Wirtschaft. Gerade die sozialen Menschenrechte, wie die Rechte auf Wasser, auf Nahrung oder auf eine angemessene Unterkunft sind zunehmend durch wirtschaftliche Investitionen bedroht. Das globale Handelssystem mit zahlreichen Freihandelsabkommen und Investitionsschutzabkommen ist in den letzten Jahren stetig ausgebaut worden. Das hat transnationalen Unternehmen den weltweiten Zugang zu Märkten und Rohstoffen erheblich erleichtert. Viele Partnerorganisationen von Brot für die Welt sind mit den negativen Folgen konfrontiert: Weltweit arbeiten Menschen unter katastrophalen Bedingungen, um für große Handelsketten zu produzieren. Großflächige Agrarinvestitionen und massiver Rohstoffabbau in den Ländern des Südens führen zu rechtswidrigen Landvertreibungen, Wasserverschmutzung und bei Protest der lokalen Bevölkerung zu Verhaftungen und Übergriffen (vgl. Brot für Welt/ECCHR/Misereor 2014).



Textilfabrik in Nicaragua: In Fabriken wie dieser lassen viele internationale Sportartikelhersteller ihre Waren produzieren. Dort sind die Löhne niedrig und die Arbeitsbedingungen schlecht.

Während die Rechte globaler Konzerne durch Investitionsschutzverträge abgesichert und von internationalen Schiedsgerichten durchgesetzt werden, gibt es auf internationaler Ebene für Unternehmen keine korrespondierenden Menschenrechtspflichten. Für Wirtschaftsunternehmen gelten bisher nur freiwillige Menschenrechtsstandards wie die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Gemeinsam mit Partnerorganisationen setzt sich das Menschenrechtsreferat bei den Vereinten Nationen dafür ein, dass ein neues Menschenrechtsabkommen verabschiedet wird, das klare Regeln für Unternehmen schafft und Betroffenen Klagemöglichkeiten eröffnet. Zudem fordern wir von der Bundesregierung ein Gesetz, das deutsche Unternehmen zur Achtung der Menschenrechte in ihren Lieferketten verpflichtet. Denn auch deutsche Unternehmen sind oft mittelbar an Menschenrechtsverletzungen beteiligt – als Mutterunternehmen, Käufer, Auftraggeber, Zulieferer oder Investoren. Gemeinsam mit den lokalen Partnerorganisationen dokumentiert das Menschenrechtsreferat konkrete Fälle von Menschenrechtsverletzungen und unterstützt die Betroffenen dabei, die beteiligten Unternehmen zur Verantwortung zu ziehen.

Abbau von Eisenerz im offenen Tagebau in Adivasi-Gebieten in Indien: Die Dörfer und das Land der indischen Ureinwohner sind häufig durch Bergbau und Industrieprojekte bedroht.





Maina Kiai ist kenianischer Rechtsanwalt und Menschenrechtsaktivist. Er war von 2011 bis 2017 der erste UN-Sonderberichterstatter zu Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und in dieser Funktion eng mit dem Menschenrechtsreferat vernetzt. Brot für die Welt unterstützt zudem seine kenianische Organisation InformAction, die Videoproduktionen nutzt, um die Kenianer über ihre Menschenrechte zu informieren.

„Jeder Mensch, auch ein Migrant oder Flüchtling, hat allein aufgrund seines Menschseins Rechte und nicht aufgrund seiner Staatsangehörigkeit.“

Was ist für Sie das Besondere an der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte?

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte ist das erste umfassende Dokument, auf das sich die Staaten geeinigt haben, das die Rechte aller Menschen, unabhängig ihrer Nationalität anerkennt und Staaten dazu verpflichtet, diese ungeachtet ihrer eigenen nationalen Gesetze zu respektieren. Das ist bahnbrechend, weil es alle Rechtsaspekte umfasst: wirtschaftliche, soziale, politische und zivile. Das ermahnt und erinnert uns daran, dass eine Verletzung oder Missachtung dieser Rechte zu Rebellion führen kann.

Was wünschen Sie der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zu ihrem 70. Geburtstag?

Für den 70. Geburtstag wünsche ich mir, dass mehr Staaten die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte lesen und verstehen. Es geht hierin um Toleranz und Akzeptanz. Es geht darum, Menschen den Vorrang vor Nationalismus zu geben. Weiterhin sollen wir daran erinnert werden, dass Rechte nicht durch Grenzen beschränkt sind. Jeder Mensch, auch ein Migrant oder Flüchtling, hat allein aufgrund seines Menschseins Rechte und nicht aufgrund seiner Staatsangehörigkeit. Ich wünsche mir auch, dass die Wirtschaft und Unternehmen begreifen, dass das Anhäufen von Profiten auf Kosten der Arbeitenden und Verbraucherinnen und Verbraucher gegen die Würde aller Menschen verstößt.

Migration und Entwicklung

Die Unterstützung politisch Verfolgter war der Anlass für die Gründung des Menschenrechtsreferates im Jahr 1977. Auch heute sind Flucht und Migration für das Referat ein zentrales Thema. Während die Unterstützung und Beratung Geflüchteter in Deutschland bei der Diakonie verankert sind, setzt sich das Referat auf europäischer und internationaler Ebene für eine selbstbestimmte Migration ein.

Das Europäische Grenzregime nimmt in Kauf, dass jährlich tausende Menschen an den EU-Außengrenzen sterben. Seit dem Jahr 2000 sind ca. 35.000 bis 40.000 Menschen auf dem Weg über das Mittelmeer nach Europa umgekommen, allein 2017 mindestens 3.000 Menschen. Damit ist die europäische Außengrenze die tödlichste Grenze der Welt. Brot für die Welt fordert daher die Einrichtung sicherer und legaler Flucht- und Migrationswege, z. B. durch humanitäre Visa zur Asylbeantragung oder humanitäre Aufnahmeprogramme, aber auch Möglichkeiten legaler Arbeitsmigration.

Die europäische Kontrolle der Flucht- und Migrationsbewegungen beginnt nicht erst an den europäischen Außengrenzen, sondern reicht weit darüber hinaus.

In Zusammenarbeit mit Transitländern werden Schutzsuchende schon vor den Grenzen abgefangen. In vielen dieser Länder, z. B. in den Staaten Nordafrikas, aber auch in der Türkei fehlt es an rechtsstaatlichen Mindeststandards. Misshandlungen und Willkür durch die dortigen Polizei- und Sicherheitsbehörden gegenüber Schutzsuchenden sind an der Tagesordnung. Der ausgelagerte Grenzschutz zur Abwehr von Schutzsuchenden wird besonders zynisch, wenn ökonomische Unterstützung zum Druckmittel gegenüber Drittstaaten wird. Europäische Entwicklungshilfe darf nicht Mittel zur Migrationskontrolle sein.

Viele Flucht- und Konfliktursachen sind die Folge politischer Entscheidungen in Deutschland und der Europäischen Union, wie z. B. der Rohstoff-, Rüstungs-, Klima- und Handelspolitik. Eine kohärente Entwicklungspolitik, die auch Fluchtursachen entgegenwirkt, bedeutet in diesen Fällen nicht nur die Unterstützung der Menschen in ihren Herkunftsländern, sondern auch eine Neuausrichtung deutscher und europäischer Außenpolitik. Friedenspolitik und die Möglichkeiten ziviler Konfliktbearbeitung müssen stärker in den Vordergrund rücken, und der Schutz der Menschenrechte muss Vorrang vor Investitions- und Eigentumsinteressen haben. Die globalen Gemeingüter

Geflüchtete fordern die Öffnung der griechisch-mazedonischen Grenze im Flüchtlingslager Idomeni im Jahr 2015.



wie Land, Wasser, Luft, Rohstoffe und Meere müssen allen Menschen zugute kommen. Das Prinzip sollte lauten: Wohlstand für alle durch mehr Verteilungsgerechtigkeit, statt Entwicklung durch fortwährendes Wachstum (vgl. Brot für die Welt 2016). Dafür tritt Brot für die Welt gemeinsam mit Partnerorganisationen im globalen Süden ein.

Schwindende Handlungsräume für die weltweite Zivilgesellschaft

Die Arbeit der Partner von Brot für die Welt ist in immer mehr Ländern der Welt gefährdet. Weltweit werden die Handlungsräume politisch aktiver zivilgesellschaftlicher Akteure zunehmend eingeschränkt. Aktivisten und Aktivistinnen, Mitarbeitende und Ehrenamtliche von Vereinen, Nichtregierungsorganisationen und sozialen Bewegungen werden vermehrt bedroht, verhaftet und ermordet. Beispiele aus Ländern wie Kenia, dem Tschad, Brasilien, Honduras, den Philippinen oder Aserbaidschan zeigen, dass die Repressionen verschiedene Formen annehmen: Sie reichen von der Verschärfung der Anforderungen an Organisationsregistrierungen und dem Verbot ausländischer finanzieller Unterstützung bis hin zur massiven Verletzung des Rechtes auf freie Meinungsäußerung und der Kriminalisierung sozialer Proteste. Der jährlich erscheinende Atlas der Zivilgesellschaft, den Brot für die Welt 2018 gemeinsam mit CIVICUS zum ersten Mal veröffentlichte, zeigt, dass nur zwei Prozent der Weltbevölkerung uneingeschränkt in gesellschaftlicher Freiheit leben können (vgl. Brot für die Welt, CIVICUS 2018).

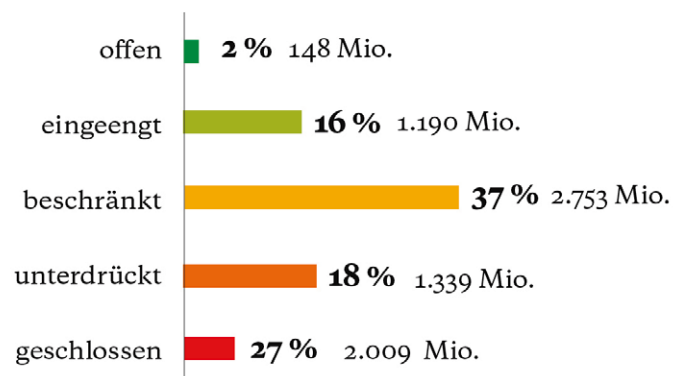
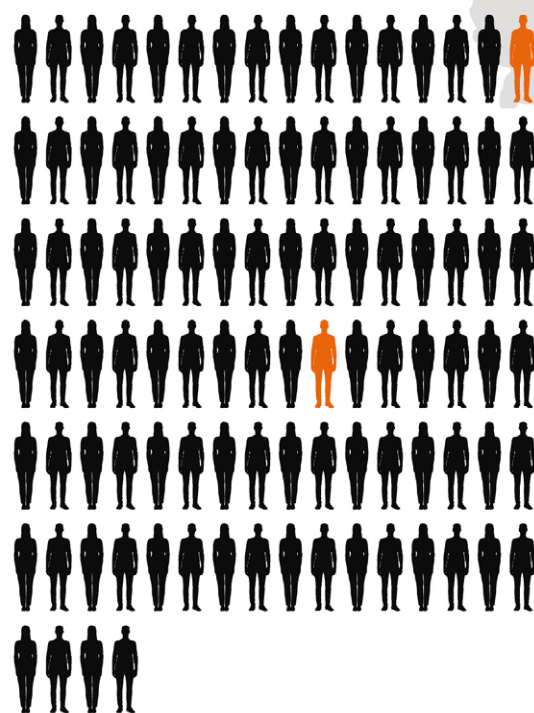
Wenn unabhängige Stimmen mundtot gemacht werden, jede Art der kritischen Einmischung bestraft wird und die Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit massiv verletzt werden, dann beeinflusst das maßgeblich die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den betroffenen Ländern. Eine lebendige Demokratie, die die Bekämpfung von Armut und ebenso die Förderung von Gerechtigkeit und Frieden im Blick hat, braucht eine starke und eigenständige Zivilgesellschaft, die sich einmischt und sie kritisch begleitet. Nur so kann gewährleistet werden, dass Arme und Benachteiligte gehört werden und Entwicklung auch bei ihnen ankommt.

Ein ganz wesentlicher Teil der Menschenrechtsarbeit von Brot für die Welt ist daher weiterhin der Schutz derjenigen Frauen und Männer, die die

Menschenrechte verteidigen. In Fällen direkter Bedrohung nimmt das Menschenrechtsreferat Kontakt zur deutschen Regierung auf und regt diplomatische Bemühungen an, unterstützt Partnerorganisationen bei der juristischen Begleitung und organisiert Notfall-Visa. Zudem arbeiten wir mit spezialisierten Organisationen zusammen, die Sicherheitstrainings anbieten und vor Ort aktiv schützen.

Nur 2% der Weltbevölkerung leben in Staaten mit offener Zivilgesellschaft

7,2 Milliarden Menschen leben dagegen in Ländern, die gesellschaftliche Freiheiten einschränken





Franziska Antoinette Hancox ist seit 2010 Direktorin des Legal Assistance Centre in Namibia, einer von Brot für die Welt geförderten Organisation. Mit ihrer Arbeit klärt die Organisation besonders marginalisierte Menschen wie Kinder, Personen mit HIV/Aids, Gefangene oder Indigene über ihre Rechte auf und unterstützt sie bei deren Durchsetzung. Das Legal Assistance Centre wurde für seinen herausragenden Einsatz für die Menschenrechte in Namibia bereits mit mehreren Preisen ausgezeichnet.

„Wenn du einen angemessenen Lebensstandard hast ... kannst du in Würde leben ...“

Welche Rolle spielt die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte in Ihrem Leben und in Ihrer Arbeit?

In meinem eigenen Leben ist die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte die Basis für alles, woran ich und meine Familie glauben. Sie zeigt mir, dass es ein gemeinsames Interesse daran gibt, was in der Welt passiert, dass Menschen aufstehen und in einer so furchtbaren, schwierigen Zeit für andere eintreten. Ich würde sagen, dass die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte meine Arbeit leichter gemacht hat. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte gibt uns Argumente, die wir vor Gericht verwenden können, wenn es um ein bestimmtes Menschenrecht geht, das nicht von der Nationalen Verfassung geschützt wird.

Welches Recht oder welcher Artikel ist am wichtigsten für Sie?

In meiner Arbeit ist das wichtigste Recht das Verbot der Folter. Als ich angefangen habe, im Bereich Menschenrechte zu arbeiten, während meines ersten Falles, war es schrecklich zu sehen, dass Menschen immer noch foltern. Das hat mich wirklich verstehen lassen, wie wichtig es ist, eine Art internationale Aufsicht zu haben. Zentral ist aber auch das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard. Wenn du von einem Ort kommst, wo große Armut herrscht, siehst du, wie wichtig dieses Recht ist. Wenn du einen angemessenen Lebensstandard hast, kannst du deine Kinder zur Schule schicken und unterrichten, sie ernähren und ihnen ein Dach über dem Kopf geben. Du kannst in Würde leben und zeigen, dass du für deine Familie sorgen kannst.

Was wünschen Sie der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zu ihrem 70. Geburtstag?

Ich sage „sie“, weil ich denke, dass die Erklärung eine Dame ist: Du kannst nicht in Rente gehen! Wir brauchen dich jetzt mehr als jemals zuvor!



Jacob Omar Jerónimo ist Direktor der Nichtregierungsorganisation Ch'orti Campesino Central Nuevo Día in Chiquimula, Guatemala. Er selbst ist Maya Ch'orti. Wegen seines Einsatzes für Rechte rund um die Themen Land, Umwelt und Kultur wird er immer wieder bedroht, verfolgt und kriminalisiert. Für Brot für die Welt ist er eine wichtige Stimme aus Guatemala, die mit großer Legitimation aktuelles Geschehen einordnet und menschenrechtliche Forderungen erhebt.

„Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte gibt uns die Möglichkeit, unsere Rechte einzufordern.“

„Zunächst muss man wissen, dass die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte einen wichtigen Rahmen vorgibt, um Kriege und Konflikte zu vermeiden. Nach dem Bürgerkrieg in Guatemala (1960 - 1996, a.d.R.) war dieser Rahmen für uns Indigene besonders wichtig. Er gab uns die Möglichkeit, viele unserer Rechte, die während des Bürgerkrieges verletzt wurden, einzufordern. Leider werden einige der Rechte auch heute noch verletzt.“

Auch über den Einzelfall hinaus versuchen wir, der zunehmenden Einschränkung der Arbeit von Aktivistinnen und Aktivisten sowie Nichtregierungsorganisationen etwas entgegenzusetzen. Wir beraten und unterstützen Organisationen, wenn Regierungen die Zusammenarbeit mit uns systematisch behindern. Mit politischer Lobby- und Advocacyarbeit, Publikationen und Veranstaltungen setzen wir uns dafür ein, dass repressive Gesetze gar nicht erst verabschiedet oder zurückgenommen werden, die Einschränkung zivilgesellschaftlicher Freiheiten und die Verfolgung von Aktivisten bei Regierungsbesuchen thematisiert wird und zivilgesellschaftliche Anliegen auf nationaler und internationaler Ebene gehört werden. Darüber hinaus organisieren wir gemeinsam mit nationalen und internationalen Netzwerken (v. a. der Act Alliance) regionale Konsultationen mit betroffenen Organisationen, um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Gegenstrategien zu identifizieren.

Nicht für die Vergangenheit geschrieben

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde 1948 nicht für die Vergangenheit geschrieben, denn diese lässt sich nicht mehr rückgängig machen. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde für Momente wie diese geschrieben, in denen die Schrecken der zwei Weltkriege in Vergessenheit geraten und Fremdenfeindlichkeit und nationaler Egoismus die Welt bestimmen, in denen Regierungen auf politisches Engagement mit Gewalt und Unterdrückung reagieren. In solchen Momenten ist es umso wichtiger, dass sich Menschen weltweit vernetzen und gemeinsam und solidarisch für offene Gesellschaften und eine menschenrechtsbasierte, internationale Weltordnung eintreten.

Dafür stehen unsere Partner mit ihrem Engagement, ihrer Solidarität und ihrem Mut.

... aktiv werden für Menschenrechte!

Die Stimme erheben

Auch in Deutschland gerät zivilgesellschaftliches Engagement unter Druck. Zum Beispiel werden Organisationen, die sich für Flüchtlingsschutz und das Asylrecht einsetzen, beschuldigt, Teil einer „Anti-Abschiebungsindustrie“ zu sein. Die Diskriminierung von Menschen wegen ihrer Hautfarbe, Nationalität, sexuellen Orientierung oder Religion begegnet uns überall, im Beruf, in der U-Bahn oder auf der Straße.

Sie können etwas dagegen tun und Stellung beziehen, wenn Menschen, die sich für Geflüchtete einsetzen, oder andere Personengruppen diskriminiert werden. Jede Stimme ist wichtig, um fremdenfeindliche Bewegungen und die Diffamierung von Engagement für die Menschenrechte aufzuhalten.

Den eigenen Konsum kritisch überprüfen

Unser Kaufverhalten geht leider oft auf Kosten von Menschen und Umwelt im globalen Süden. Deshalb ist jede und jeder Einzelne gefragt, im Alltag zu handeln:

- Kaufen Sie nur so viel ein, wie Sie brauchen.
- Nutzen Sie elektronische Geräte, solange sie funktionieren.
- Kaufen Sie Kleidung, die durch Siegel als fair und ökologisch ausgewiesen ist, oder auch einmal Secondhand-Ware.
- Informieren Sie sich und fragen Sie beim Kauf kritisch nach, woher die Produkte stammen und unter welchen Bedingungen sie hergestellt wurden.

Aber damit sich wirklich in der Breite etwas verändert, muss die Politik regulierend eingreifen. Fordern Sie daher gemeinsam mit uns klare Vorgaben von der Politik an die Unternehmen zur Achtung von Arbeitsstandards, Menschenrechten und Umwelt, auch bei deren Auslandsgeschäften.

Demonstration „Wir haben es satt“ in Berlin 2018.



Quellen

Brot für die Welt, ECCHR, Misereor (2014): Unternehmen zur Verantwortung ziehen. Erfahrungen aus transnationalen Menschenrechtsklagen, 2. Auflage März 2017
Veröffentlicht unter: www.brot-fuer-die-welt.de/themen/unternehmensverantwortung, 19.10.2018

Brot für die Welt, Diakonie Katastrophenhilfe (2016):
Neue Wege gehen. Migration gestalten, nicht verhindern– international und in Deutschland.
Dossier der Zeitschrift weltsichten.
Veröffentlicht unter: www.brot-fuer-die-welt.de/themen/migration, 19.10.2018

Brot für die Welt, CIVICUS (2018): Atlas der Zivilgesellschaft. Report zur weltweiten Lage.
Veröffentlicht unter: www.brot-fuer-die-welt.de/themen/atlas-der-zivilgesellschaft, 19.10.2018

Brot für die Welt: Zum Atlas der Zivilgesellschaft gibt es eine PowerPoint-Präsentation mit Begleittext und dazugehörigem didaktischen Baustein:
www.brot-fuer-die-welt.de/material/presentationen, 19.10.2018

Impressum

Herausgeber

Brot für die Welt
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.
Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin
Telefon 030 65211 4711
service@brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de

Text Sarah Lincoln, Referentin für Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Menschenrechte bei Brot für die Welt

Redaktion Mareike Bethge, Regina Seitz,
Jürgen Hammelehle (V.i.S.d.P.)

Gestaltung Karen Olze

Fotos S. 9: Louis Albrecht, S. 5 unten: Jörg Böthling,
S. 6: Hermann Bredehorst, S. 5 oben: Karin Desmarowitz,
S. 3: Helmut Falkenstörfer, S. 10: Jacob Omar Jerónimo,
S. 7: Thomas Lohnes, S. 11: Andreas Schoelzel
S. 1: © Wikimedia Commons

Illustration S. 8: Brot für die Welt; Quelle: CIVICUS

Druck Offizin Scheufele Druck und Medien GmbH & Co. KG,
Stuttgart

Papier 100 % Recyclingpapier

Art. Nr. 119 115 110

Berlin, Oktober 2018